Das Reichsbanner

Erscheint am 1 u. 15. jedes Monats. Bezugspreis 90 Pfg. vierteljährl., Einzelnummer 20 Pfg. Postzeitungsliste 10. Nachtrag S. 7 Druck und Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Münzstr. 3. Fernruf 0265, 0266, 0267 Postscheck 122 Magdeburg. Redaktionelle Leitung Karl Höltermann Verantwortl. Redakteur Karl Wiegner, beide in Magdeburg. Verantwortlich für Anzeigen E. Schuppe, Magdeburg Alleinige Anzeigenannahme Anzeigenverwaltung des Reichsbanners, Oranienstraße 3 Telephon 4619 Postscheck 2625 Magdeburg Schluß der Anzeigenannahme am 8. und 23. jedes Monats. – Insertions-Bedingungen Die 9gespaltene Millimeter-Zeile im Anzeigenteil 40 Gold-Pfg., die 3gespaltene Millimeter-Zeile im Reklameteil 3 Gold-Mark. – Beilagen nach Vereinbarung.

Zeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold / Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer E. V. / Sitz Magdeburg

Nr. 23 — Magdeburg, den 1. Dezember — Jahrgang 1926

Neutralisierung der Wehrmacht

Lehren des Weltkriegs

Von Karl Höltermann.

Noch ist die Zeit des Krieges zu nahe, als daß wir die revolutionären Umwälzungen, die er hervorrief, voll zu überschauen vermöchten; noch leben wir in einer Zeit grundstürzender Wandlungen, die mit dem Tage des Kriegsausbruchs begannen. Die Erfahrungen des Krieges sind nicht nur in kriegstechnischer und militär-organisatorischer Hinsicht auszuwerten, sondern auch im Hinblick auf die politische Bedeutung, die nach dem Kriege der deutschen Wehrmacht zukommt. Die Kriegsgefahr ist in den letzten Jahren wesentlich geringer geworden. Fascistische Staaten können Verwirrung stiften — gemessen an den Schlachten des Weltkrieges werden Zusammenstöße, die sie hervorrufen, nicht mehr sein als Bandenkriege, Zwischenfälle auf dem Wege zu dem vereinigten Europa. Damit soll nicht gesagt sein, daß Kriegsgefahren, die in den Augen des Weltkriegssoldaten diesen Namen verdienen, für alle Zukunft ausgeschlossen sind. Noch weiß niemand, welche Stellung das bolschewistische Rußland zu Westeuropa einnehmen wird. Franz Carl Endres, der gewiß nicht im Geruch eines Militaristen steht, macht im „Tagebuch" (einem Organ, dessen pazifistische Tendenz niemand bezweifeln wird) auf russisch-asiatische Kriegsmöglichkeiten in sehr ernster Weise aufmerksam. Endres unterstützt den Vorschlag eines deutsch-französischen Militärbündnisses, den der Industrielle Rechberg und Mahraun, der Führer des „Jungdeutschen Ordens", gemacht haben. Wie man sich zu dem Ideengang Endres', Rechbergs und Mahrauns stellen mag: die deutsche Wehrmacht wird nur noch im Rahmen einer europäischen Armee eine Aufgabe zu erfüllen haben.

Brennender als die Frage nach außenpolitischen Aufgaben der Reichswehr ist die Frage nach ihrer innerpolitischen Stellung. Was lehren uns Krieg und Nachkriegszeit? Hugo Preuß, der zu früh verstorbene Schöpfer der Weimarer Verfassung, hat in Reden und Schriften immer und immer wieder auf die Tatsache hingewiesen, daß alle die Staaten den Krieg verloren haben und obendrein in sich zusammengebrochen sind, die nicht demokratisch organisiert waren. Es waren die Staaten, die innerpolitisch im Heere ihre „stärkste Stütze" sahen: Rußland, Oesterreich-Ungarn, Deutschland. Wobei darauf zu achten ist, daß Rußland den Krieg verlor, trotzdem es auf seiten der Siegerstaaten kämpfte und rein militärisch gesehen seine Lage nicht schlechter war als die von Frankreich und Italien.

Der These vom Heer als der „stärksten Stütze des Staates" gegenüber innern Gegnern widersprechen aber auch alle Erfahrungen der Nachkriegszeit: die deutsche Republik besteht trotz der Reichswehr; Deutschösterreich wäre vor der fascistischen Welle durch sein Heer allein nicht zu retten gewesen, wenn neben diesem Heere der Republikanische Schutzbund nicht bestand; in Italien stand die legale Wehrmacht abseits, als Mussolinis Schwarzhemden auf Rom marschierten; in Polen brach das Heer auseinander, als Pilsudski mit einer Handvoll zusammengeraffter Soldaten gegen die verfassungsmäßige Regierung vorging; in Spanien, in Griechenland, in Bulgarien — nirgends erwies sich die Wehrmacht als ein unüberwindliches Hindernis. Die Tschechoslowakei hat mit fascistischen Elementen innerhalb der Wehrmacht zu kämpfen; die belgischen Sozialisten wagen es nicht, sich auf das Heer als einer absolut zuverlässigen Waffe gegen den Fascismus zu verlassen. Und wer will behaupten, daß in Frankreich eine fascistische Revolution allein deshalb unmöglich ist, weil das Heer eine unbedingt gehorsame Stütze der Demokratie darstelle? Die Geschichte der dritten französischen Republik lehrt, daß die Periode der Unbrauchbarkeit des Heeres als innerpolitisches Machtinstrument längst vor 1914 begonnen hatte. Warnungssignale waren die Ereignisse in Rußland nach der Niederlage im Kriege gegen Japan. In Deutschland und in der alten Habsburger Armee haben die Herrschenden die historische Bedingtheit so seltsamer Gebilde, wie der polnischen Legionen Pilsudskis und der tschechischen Legionen, nicht zu deuten gewußt. Die Stellung, die gewisse deutsche Behörden — die Reichswehr voran! — gegen den Potemkin-Film einnahmen, ist ein Vogel-Strauß-Spiel gegenüber geschichtlichen Lehren.

Die deutsche Monarchie brach zusammen, weil sie aufgebaut war auf dem Gedanken, das Heer müsse ein ausschlaggebendes Instrument der innern Politik sein. Am Tage des Ausmarsches hatte das Heer von 1914 aufgehört, ein brauchbares Instrument der innern Politik zu sein. Ob es vor 1914 ein Instrument war, das auf Vater, Mutter und Brüder schoß? Die Probe aufs Exempel ist nie gemacht worden, weil es an einem Gegner fehlte, der es aufs Schießen ankommen lassen wollte. Nicht die Treue zur Monarchie war die Quelle der Kraft, die das alte deutsche Heer zu den gewaltigen Leistungen im Kriege befähigte; zu einem kriegsbrauchbaren Instrument wurde es erst durch eine seelische Umwälzung in den Augusttagen 1914. Der viel beschworene Geist von 1914 war nicht der Geist, der vor dem 4. August in den Kasernenstuben und Offizierskasinos herrschte: die alte kaiserliche Armee wurde zum Heere des 4. August, weil sie sich von dem Alpdruck des Auf-Vater-und-Mutter-Schießen-Müssens befreit fühlte. Wer nicht begreift, daß der Geist des ausmarschierenden Heeres identisch ist mit dem Geist des Heeres, das 1918 sich weigerte, auf Vater, Mutter, Brüder und Kameraden zu schießen, der ist blind für eine der wichtigsten Lehren der jüngsten Geschichte: die Wehrmacht eines Staates hat ihre Rolle als eines ausschlaggebenden innerpolitischen Machtfaktors ausgespielt.

Die Gegner der Demokratie werden auf Rußland und Italien hinweisen. Die Bolschewisten und Fascisten glauben an das Dogma von der absoluten Herrschaft der alleinseligmachenden Partei. Aber weder die russischen noch die italienischen Gewalthaber wagen es, sich auf die reguläre Armee allein zu verlassen, und wie sich die Dinge gestalten würden, wenn Bolschewisten und Fascisten in die Zwangslage versetzt würden, an die Kraft des ganzen Volkes appellieren zu müssen — und jede ernsthafte Kriegsgefahr schafft diese Zwangslage — ist höchst zweifelhaft.

Die Demokratie erfordert eine andre Lösung: Neutralisierung der Wehrmacht in allen innerpolitischen Kämpfen. Das Heer der deutschen Republik muß außerhalb aller innerpolitischen Auseinandersetzungen stehen. Der Reichswehrsoldat als solcher darf kein innerpolitischer Gegner sein.

Die Reichswehr von heute hat den Charakter einer naturgemäß einseitig zusammengesetzten Bürgerkriegsarmee. Sie marschierte mit Hurra und Hussa nach Sachsen und Thüringen — aber gegen den meuternden General Lossow und den offen zum Kriege gegen das Reich rüstenden Generalstaatskommissar Kahr wagte der mit diktatorischen Befugnissen ausgestattete General Seeckt seine Divisionen nicht einzusetzen: sie wären noch vor dem ersten Zusammenstoß mit den Ehrhardtleuten auseinander- und übergelaufen. Geßler und Seeckt mögen noch so stolz darauf sein, daß sie ein Heer geschaffen haben, das auf jeden Deutschen, auf Vater, Mutter und Brüder schießt, sofern sie politisch links von der Deutschen Volkspartei stehen: diese innerpolitische „Zuverlässigkeit" der Reichswehr wird mit ihrer militärpolitischen Wertlosigkeit (in außenpolitischer Hinsicht) teuer bezahlt. Die Reichswehrführung ist sich dieser Wertlosigkeit auch bewußt. Daher das lächerliche, krampfhafte Bemühen, sich durch die sogenannten vaterländischen Verbände eine Kraftzubuße zu sichern. Lächerlich deshalb, weil das genaue Gegenteil des Gewollten erreicht wird: von Tag zu Tag sich steigerndes Mißtrauen in all jenen Volkskreisen, die außerhalb jener „nationalen" Verbände stehen.

Republikanisierung der Reichswehr heißt nicht, die Reichswehr zu einem Instrument zu machen, das bestimmt ist, die innerpolitischen Gegner der Republik mit Gewalt niederzuwerfen. Unerträglich aber ist es, daß die Wehrmacht im Bunde mit innerpolitischen Gruppen gegen die Republik steht. Republikanisierung der Reichswehr heißt: eine Atmosphäre des Vertrauens schaffen, die Gewißheit gibt, daß die deutsche Wehrmacht die ihr mit dem Monopolbesitz der Kriegswaffen anvertraute physische Ueberlegenheit nicht zugunsten einer Partei bei innerpolitischen Machtkämpfen in die Wagschale wirft. Der Weg dazu: die Reichswehr so zusammensetzen, daß der Gedanke, sie zu solchem Zwecke zu mißbrauchen, gar nicht mehr aufkommen kann. —

Flaggenwechsel in Frankreich und England

Ein Beitrag zum deutschen Flaggenstreit

Von Staatssekretär Dr. Abegg.

I.

Der Kampf um die deutsche Flagge, der noch vor wenigen Monaten das gesamte deutsche Volk bis in seine Tiefen aufgewühlt hat, ist sicherlich nur vorübergehend zur Ruhe gekommen. Andre politische Fragen von größter Bedeutung sind inzwischen in den Vordergrund getreten. Binnen kurzem wird aber die Flaggenfrage wieder zur Erörterung gelangen und dann vielleicht zum entscheidenden Punkt der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands werden. Die Bedeutsamkeit des Wahrzeichens liegt auf der Hand — das alte Seemannswort „Die Flagge deckt die Ladung" bedeutet doch in erweitertem Sinne, daß die Fahne eines Landes mehr ist als ein bei irgendwelchen festlichen Anlässen gezeigtes dekoratives Schau- und Prunkstück, daß vielmehr die Farbe das Symbol für die Geltung und den Machtbereich eines Staates nach außen und die Verkörperung des Staatsgedankens mit seiner Fülle von nationalen und sozialen Inhalten und Bestrebungen im Innern darstellt. Die Flagge ist der Ausdruck der Staatspersönlichkeit. Darum muß es bei jedem Deutschen, gleichviel welcher politischen Partei oder Richtung er im übrigen anhängt, ein Gefühl tiefer Beschämung auslösen, wenn man bedenkt, in welch unheilvoller Weise der Flaggenstreit der letzten Jahre den Angehörigen des Deutschen Reiches im Ausland abträglich gewesen ist, und wie darunter im Innern die Autorität der Regierung, die Stabilisierung von Ruhe und Ordnung und letzten Endes das nationale Gemeinschaftsgefühl Schaden genommen haben. Man sucht vergeblich in der Geschichte aller andern Nationen nach Beispielen ähnlicher Art.

Ueberall, wohin man blickt, steht jedes Volk, mag es innerpolitisch auch in Stände, Parteien und Klassen gespalten sein, unerschütterlich und einhellig zu den staatlichen Hoheitszeichen, die nur auf diese Weise den Schutz und das Ansehen erringen konnten, das heute etwa dem Sternenbanner, dem Union Jack oder der französischen Trikolore in der ganzen Welt gezollt wird.

Ein solcher Zustand muß auch für Deutschland erreicht werden; das ist ein Erfordernis der politischen Selbstachtung des deutschen Volkes und eine Notwendigkeit für die Weltstellung des Reiches. Es ist allgemein bekannt, wie sehr das Ansehen des deutschen Namens in Uebersee gelitten hat durch zahlreiche Vorfälle, die sich an die Flaggenfrage knüpfen. Der Zusammenhang der Auslandsdeutschen ist vielerorts zerrüttet worden, das Verhältnis zum Reiche und zu seinen Vertretern hat Störungen erlitten, die für die rechtliche und wirtschaftliche Lage der Auslandsdeutschen verhängnisvoll werden können, zugleich die Würde des Deutschen Reiches auf das schwerste beeinträchtigen. Der Erkenntnis, daß es so nicht bleiben kann und darf, wird sich wohl niemand mehr verschließen. Die Achtung vor dem Hoheitszeichen des Reiches muß wiederhergestellt werden! Gerade auch die Gegner der heutigen Reichsflagge sollten sich dessen bewußt sein. Die von rechtsstehender Seite so gern angeführte Stellung der schwarzweißroten Fahne in der Welt beruhte ja nur darauf, daß hinter diesen Farben die gesamte Nation stand — auch diejenigen Volkskreise, was gar zu gern vergessen und verschwiegen wird, die in der kleindeutschen Lösung der deutschen Frage nicht Höhepunkt und Ende der deutschen Entwicklung sahen. Es ist kein Fall bekannt, daß die Anhänger der großdeutschen, schwarzrotgoldenen Idee — das gleiche gilt übrigens auch von den auf das rote Banner der Internationale eingestellten Sozialdemokraten — in den Zeiten des hohenzollernschen Kaisertums jemals der Reichsflagge die ihr gebührende Achtung versagt hätten. Und ferner: werden nicht dieselben Kreise, die heute die Einführung der schwarzweißroten Fahne auf dem gesetzmäßigen Wege über den Reichstag oder durch Volksentscheid anstreben, im Falle der Durchführung ihrer Pläne das Verlangen stellen, daß nunmehr die beschlossene Flagge von allen anerkannt und als ausschließliches Hoheitszeichen des Reiches respektiert wird, auch von denen, die sich bis dahin widersetzt haben? Schon diese Erwägung sollte die Gegner des schwarzrotgoldenen Banners abhalten von der leider so häufig erfolgten unwürdigen und gehässigen Herabsetzung der Farben, die doch nun einmal nach der Willenskundgebung der berufenen Vertreter des deutschen Volkes als Wahrzeichen des Reiches festgesetzt worden sind. Die Kreise der Rechten sollten auch bei dieser Gelegenheit sich der Mahnung des Bibelwortes erinnern: „Alles nun, das ihr wollt, das euch die Feinde tun sollen, das tut ihr ihnen auch."

Wie sehr die Haltung der Gegner von Schwarzrotgold das Ansehen Deutschlands vor aller Welt herabsetzt und schmälert, ist ihnen offenbar gar nicht bewußt. Sie

haben es aber verschuldet, daß bei offiziellen Gelegenheiten im Ausland: internationalen Kongressen, Ausstellungen usw. vielfach die deutschen Farben als einzige aller jeweils vertretenen Nationen nicht gezeigt worden sind; man ließ in solchen Fällen wissen, daß man Schwarzweißrot als nichtverfassungsmäßige Farbe nicht hisse, ebensowenig aber Schwarzrotgold, da man fürchten müsse, infolge der leidenschaftlichen Anfeindung dieser Fahne durch gewisse Kreise des deutschen Volkes dessen anwesenden Vertreter zu verletzen. So hat die Stellung Deutschlands nicht nur durch die sonstige innerpolitische Zerrissenheit, durch den Mangel an nationaler Geschlossenheit und die infolgedessen doppelt fühlbare und ersichtliche Ohnmacht schweren Schaden erlitten, sondern ebensosehr durch den unseligen Zwist in der Flaggenfrage; das Fehlen eines einheitlichen Wahrzeichens für unser Vaterland hat es in der Reihe der Völker immer mehr zurücktreten lassen — ein Zustand, der auf die Dauer auch die staatsrechtliche Stellung Deutschlands im internationalen Leben beeinträchtigen muß.

Daher drängt alles zu einer klaren und endgültigen Lösung, die allerdings nicht durch die Rücksicht auf Empfindungen einiger auslandsdeutscher Kreise beeinflußt werden darf, denn deren Stellung zur Heimat, in höherm Maße aber noch deren Stellung im Ausland selbst kann sich nur gründen auf den Stand und die Geltung, die das deutsche Heimatland in der Welt einnimmt. Dessen Wohl muß daher allein entscheidend sein für die Einstellung zur Flaggenfrage.

Und wie steht es im Lande? Man denke folgenden Fall: Ein Franzose oder Belgier reißt inmitten einer hakenkreuzgeschmückten Schar von Deutschen eine schwarzrotgoldene Flagge herunter, tritt sie in den Schmutz und läßt keinen Zweifel an seiner Verachtung für das deutsche Hoheitszeichen Wie werden sich die ihn umgebenden Anhänger von Schwarzweißrot verhalten? Jener „feindliche Ausländer" tut ja nur das, was sie selber schon soundso oft getan haben, was ihnen im höchsten Sinne national schien. Versuchen sie also, den Schänder der deutschen Fahne zur Rechenschaft zu ziehen, so wird jener ihnen entgegenhalten können, daß er ja auch in ihrem Sinne gehandelt und sich ihres Dankes versichert zu haben glaube; lassen sie ihn aber gewähren — doch das ist ein Fall, der in der Vorstellungswelt eines Deutschen wohl keinen Raum findet. Oder sollte tatsächlich das deutsche Gemeinschaftsgefühl und der Gedanke der Schicksalsverbundenheit mit den eignen Volksgenossen schwächer sein, als das primitivste Nationalbewußtsein einem Fremden gegenüber? Die Kampfesart der einseitig Schwarzweißroten gegen die Reichsfarben scheint dem beinahe recht zu geben.

Trotz der scheinbar unüberbrückbaren Gegensätze muß ein gemeinsamer Boden für alle Deutschen gefunden werden. Vielleicht hilft dazu die leidenschaftslose geschichtliche Betrachtung der Entstehung des Wahrzeichens in andern Staaten.

Ein Wechsel in der Staatsform und eine Verschiebung des Staatsgebiets hat in der neuern Geschichte, in der das Flaggenwesen ja überhaupt erst regelrecht ausgebildet worden ist, immer auch einen Flaggenwechsel zur Folge gehabt. Die beiden bedeutendsten westeuropäischen Völker, die Engländer und Franzosen, haben einen solchen Farbenwechsel vorgenommen, und es hat nur kurzer Zeit bedurft, bis die neue Farbe als selbstverständlicher Ausdruck eines neuen nationalen Willens anerkannt wurde. Von einer Verleugnung der Vergangenheit hat dabei kein Mensch gesprochen, und nur deutschen Kreisen, die doch besonders „national" sein wollen, bleibt es vorbehalten, mit solchen und ähnlichen Vorwürfen die Männer zu schmähen, die im Jahre 1919 unter Ablehnung der kaiserlichen und der revolutionären Farben sich für die Farbe des großen deutschen Volksstaates entschieden und damit in der Flagge bereits ein politisches Programm zum Ausdruck brachten. Auf ähnliche Beweggründe geht auch die Entstehung der großbritannischen Flagge zurück.

Als mit dem Tode der Königin Elisabeth im Jahre 1603 das englische Königshaus ausstarb und der Sohn der Maria Stuart, Jakob VI. von Schottland, als Jakob I. den englischen Thron bestieg, vollzog er damit die Vereinigung der drei Königreiche England, Schottland und Irland. Das erweiterte politische Programm des nunmehrigen „Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland" drückte sich in einem Wechsel der Flagge aus. In der Königsstandarte wurde das bisherige englische Wappen in das erste und vierte Feld gesetzt, während das zweite und dritte Quartier die Zeichen Schottlands und Irlands aufnahmen. Ebenso wurde die Nationalflagge erweitert, indem das englische Georgskreuz mit dem schottischen Andreaskreuz zusammengelegt und eine neue Farbe (weiß) eingefügt wurde. Die kleine Verärgerung der Schotten darüber, daß das englische Kreuz in der neuen Flagge über dem schottischen zu liegen kam, wurde bald behoben, und von 1606 bis 1801 wehte von allen britischen Schiffen der Union Jack in dieser Form und machte den britischen Namen in allen Weltteilen geachtet und gefürchtet.

Während der englischen Revolution wurden aus der königlichen und der Staatsflagge die Hoheitszeichen der Stuarts und Irlands entfernt und eine Reihe sonstiger kleinerer Veränderungen vorgenommen, die auch die Restauration unter Karl II. nicht wieder zu beseitigen wagte. Nach der Aufnahme des irischen Parlaments in das Großbritanniens (1801) fand diese endgültige Vereinigung des dritten Inselreichs abermals in einem Flaggenwechsel ihren Ausdruck, indem das rote Andreaskreuz Irlands der bisherigen englisch-schottischen Flaggenverbindung hinzugefügt wurde.

Das englische Beispiel ist für die deutschen Verhältnisse insofern besonders lehrreich, weil im Grunde der Flaggenwechsel von 1919 auf dieselben Motive zurückgeht wie in England bei den erwähnten verschiedenen Gelegenheiten. Denn die Weimarer Nationalversammlung hat die schwarzrotgoldene Flagge nicht nur deshalb aufgenommen, um sie als republikanisches Wahrzeichen zu betonen — das Kaiserreich von 1848 hatte auch die Flagge Schwarzrotgold geführt —, als vielmehr dem großdeutschen Gedanken eine sichtbare Huldigung darzubringen. Und wenn die Einheit Großdeutschlands noch nicht vollzogen werden konnte, so sollte nach dem Willen der Nationalversammlung gerade das schwarzrotgoldene Banner Unterpfand und Mahnung für dieses Ziel sein. —

Der Kampf ums Heer

Erinnerungen eines ehemaligen Offiziers

Um im Staate eine bedeutsame Kraft zu sein, mangelt der Arbeiterklasse nur eins, nämlich die Erkenntnis, wieviel sie durch eine planvolle Aktion innerhalb der Demokratie vermag.

Jean Jaurès, „Die neue Armee".

Wohl selten ist ein Staat, der nach außen hin das Bild größter Machtfülle bot, so schnell und so vollständig zusammengebrochen, wie das kaiserliche Deutschland im November 1918. Man darf diesen Zusammenbruch nicht nur auf den verlornen Krieg schieben. Ein verlorner Krieg braucht, auch wenn die Niederlage noch so gründlich ist, noch lange nicht die Abdankung des Monarchen und der regierenden Klasse zur Folge zu haben; diese können vielmehr, wenn ihre Herrschaft fest im Volke wurzelt, trotz allem ruhig weiterbestehen. Was die November-Revolution so bemerkenswert macht, ist die beschämende Art und Weise, in welcher die damals herrschende Klasse vom Schauplatz ihrer Macht abtrat. Die Nutznießer des alten Systems, die jetzt wieder kühn ihr Haupt erheben und über den „schwarzen Verrat" vom 9. November zetern, sollten doch lieber diesen Tag, der für sie wahrlich kein Ruhmesblatt ist, mit Stillschweigen übergehen. Keine monarchistische Demonstration und keine Parade vor stellungslosen Prinzen oder ausrangierten Exzellenzen kann die Tatsache aus der Welt schaffen, daß in der Stunde der Gefahr sich keine Hand zur Verteidigung des alten Systems erhob und daß alle seine Nutznießer: die Hofgenerale, Flügeladjutanten, Kammerherren und Lakaien, ebenso schnell, ja vielleicht noch schneller verschwanden als ihre fürstlichen Brotgeber.

Ueberall*) genügte das Erscheinen von einigen Matrosen oder Soldaten, um die Offiziere zur sofortigen Kapitulation zu bewegen; sie versuchten gar nicht die Hilfe von Unteroffizieren oder Mannschaften zum Kampfe gegen die „Meuterer" aufzurufen, da sie ein solches Unternehmen wohl mit Recht für zwecklos hielten. Sie verstanden nicht die Sprache des einfachen Soldaten und konnten deshalb in der Stunde der höchsten Gefahr nicht den Weg zu seinem Herzen finden. Die unüberbrückbare Kluft zwischen Offizier und Mann, die jahrzehntelang im Interesse der „Einheitlichkeit" des deutschen Offizierkorps bewußt gepflegt worden war, wurde ihm in dieser schweren Lage zum Verhängnis.

Trotz der allgemeinen Wehrpflicht ist Deutschland in Friedenszeiten nie „ein Volk in Waffen" gewesen, wie die politischen Kinderfibeln uns glauben machen wollen. Das deutsche Heer bildete vielmehr einen besondern Staat im Staate, und dem wiederum gab das Offizierkorps das Gepräge. Das Heer war ebenso wie die Justiz, die Schulen und die Beamtenschaft ein Bollwerk der Reaktion, das diese mit größtem Geschick zu einem stets willfährigen und gefügigen Werkzeug ihrer Politik zu machen verstand. Ueber die rein physische Macht, die eine Gruppe schwer bewaffneter und in organischen Verbänden zu gemeinsamer Gewaltanwendung geschulter Männer inmitten einer vollkommen wehr- und waffenlosen Bevölkerung hat, braucht kein Wort verloren zu werden. Es kam lediglich darauf an, diese Macht von der Verbindung mit dem Volksleben fernzuhalten, damit sie den nötigen Kampfwillen gegen den „innern Feind" behielt. Hierzu bedurfte es einer ganz besondern Zusammensetzung des Offizierskorps, in dessen Hand die Befehlsgewalt und die Erziehung der Mannschaften lag.

Dieses ergänzte sich in Deutschland nur aus solchen jungen Leuten, die mit der ausgesprochenen Absicht auf Beförderung zum Offizier eintraten. Der Eintritt wurde vom Nachweis einer bestimmten Bildung (Primareife) abhängig gemacht. Außerdem war ein bestimmtes Höchstalter (22 Jahre) vorgeschrieben. Durch diese Bestimmungen wurde erreicht, daß eine Ergänzung aus dem Unteroffizierstande praktisch nicht vorkam. Im Gegensatz zu uns hatte das demokratische Frankreich die Einrichtung der sortis du rang (d. h. alte verdiente Unteroffiziere wurden in verhältnismäßig großer Zahl zu Offizieren befördert), ohne daß hierdurch irgendwie die Schlagfertigkeit des französischen Heeres geschädigt wäre.

Zu dem Monopol der Bildung kam noch das Monopol des Reichtums. Die Gehalte der Offiziere waren außerordentlich gering. Insbesondere konnte bei den hochgespannten gesellschaftlichen Verpflichtungen ein Leutnant oder Oberleutnant überhaupt nicht mit seinem Gehalt auskommen. Wer Offizier wurde, mußte in der Lage sein, 12 bis 15 Jahre seiner militärischen Dienstzeit nicht nur nichts zu verdienen, sondern sogar noch eine erhebliche Zubuße zu zahlen. Die Zulagen, welche von den einzelnen Regimentern gefordert wurden, waren ganz erheblich; das geht schon daraus hervor, daß eine Kabinettsorder, die sich gegen den übermäßigen Luxus wendet, „wünscht, daß in Zukunft bei der Infanterie nicht mehr als 75 Mark, bei der Artillerie nicht mehr als 90 Mark und bei der Kavallerie nicht mehr als 120 Mark monatlich Zuschuß verlangt werden". In der Praxis wurden aber diese Zuschüsse, jedenfalls bei der Artillerie und Kavallerie, bei weitem überschritten. In den mir bekannten Kavallerieregimentern war kein jüngerer Offizier, der nicht mindestens 200 Mark monatlich Zulage erhielt. Die meisten hatten 300 bis 400 Mark und mehr.

Durch die Vorschrift über den Nachweis der Bildung bis zum 22. Jahre und der Zulage wurde erreicht, daß alle die, welche sich nicht bis zum 35. Lebensjahr aus eignen Mitteln ernähren konnten, von der Offizierslaufbahn ausgeschlossen waren. Eine Ausnahme gab es allerdings, das waren die Kadetten. Familien, die als königstreu und politisch unbedingt zuverlässig angesehen wurden, konnten für ihre Söhne Freistellen in den Kadettenhäusern erhalten. Diese wurden dort unentgeltlich bis zum Leutnant ausgebildet, traten sie dann in das Offizierskorps ein, so erhielten sie, falls sie eine Art „Armutszeugnis" beibrachten, 20 Mark monatliche Zulage aus der Privatschatulle des Kaisers, eine derartig dürftige Zulage, daß die armen jungen Leute tatsächlich zu einem „glänzenden Elend" verurteilt waren und nur zu oft dem Spiele oder andern Versuchungen zum Opfer fielen.

Die Kadetten wurden teils als Leutnants (Selektaner) teils aber als Fähnriche den Regimentern zugewiesen. Ueber die Annahme von Offiziersanwärtern, die nicht aus den Kadettenhäusern stammten, entschieden die Regimentskommandeure nach freiem Belieben, ohne irgendwie für ihre Ablehnung Gründe anzugeben oder Rechenschaft ablegen zu müssen. Um schließlich unerwünschte Elemente noch im letzten Augenblick ausmerzen zu können, war die Offizierswahl eingeführt. Jeder Fähnrich mußte von dem Offizierskorps seines Regiments gewählt werden, und zwar in öffentlicher Wahl, wobei der jüngste Leutnant zuerst seine Stimme abgab. Die Stimme lautete nur auf „Ja" oder „Nein", jede Begründung war unzulässig. Man kann sagen, daß diese Wahl fast nie „Wahl" im eigentlichen Sinne war, sondern nur eine Bestätigung der vom Kommandeur vorgeschlagenen und damit einer dem Militärkabinett angenehmen Person. Immerhin ist mir ein Fall bekannt, wo solche Wahl ein sehr überraschendes Resultat zeitigte. In das 12. Husarenregiment in Torgau, welches nur adlige Offiziere hatte, wurde vom Kadettenkorps her der bürgerliche Fähnrich Sch. versetzt. Er tat einige Wochen Dienst, stellte sich dann zur Wahl und — fiel durch. Das Offizierskorps wollte sich seine schöne Rangliste durch diesen „Bürgerlichen" nicht verschandeln lassen. Der Vater des Fähnrichs schrieb an den Kaiser und bat um Versetzung seines Sohnes. Sch. wurde zum Jägerregiment zu Pferde Nr. 6 nach Erfurt versetzt, wo er dann natürlich sofort gewählt wurde. Dem Husarenregiment 12 sprach der Oberste Kriegsherr in einer sehr ungnädigen Kabinettsorder Allerhöchst seine Mißbilligung über das unfreundliche und unkameradschaftliche Verhalten aus.

*) Die einzigen mir bekannten Ausnahmen sind der Kommandant des Linienschiffes König und ein oder zwei seiner Offiziere, die mit der Pistole in der Hand die Kriegsflagge ihres Schiffes verteidigten und dabei fielen.

Die schwarzrotgoldene deutsche Flotte

Zur Erinnerung an den 31. Dezember 1851.

Wir haben vor einigen Monaten an dieser Stelle der ersten, der schwarzrotgoldenen deutschen Burschenschaft gedacht. Wir haben gesehen, wie diese ersten deutschen Burschenschafter, die aus anderm Holze waren wie die, welche jetzt Träger dieses Namens sind, von schwarzrotgoldenen Fahnen und Farben umwallt zur Wartburg hinanzogen, wie sie diesen heiligen alten Farben Treue geschworen und wie sie diese Treue mit Tod und Kerker büßen mußten, als Fürsten und Fürstenknechte es so wollten.

Heute wollen wir hier der Zeit gedenken, als die verpönten und verfolgten Farben, als Schwarz und Rot und Gold noch einmal zu Ehren kamen, als sie auf den Schiffen der von den Besten der Nation mit Jubel begrüßten ersten deutschen Flotte wehten und als ein Freiligrath sang: „Schwarz, Rot und Gold! Frei weht ihr auf den Stangen und Masten jetzo, gürtend rings das Land! In tausend Wimpeln, einst verpöntes Band, hat dich der Ozean selber umgehangen!" So dachte und so sang man, als die ersten schwarzrotgold bewimpelten Schiffe die endlich auch die deutschen Meere erfassende Reichsgewalt zu künden schienen, und man ahnte kaum, daß auch diese Herrlichkeit nur ein kurzer, schöner Traum sein sollte, daß auch hier die Stick- und Moderluft der deutschen Fürstenhöfe und das Intrigenspiel der zahlreichen deutschen Kabinette wieder einmal nach kurzer Zeit erdrücken und zerstören würden, was das Volk mit gesundem Empfinden und opferbereitem Tun zu schaffen unternommen hatte. Es ist schon sehr bezeichnend, daß von dieser schwarzrotgoldenen Flotte der deutsche Spießer im allgemeinen nicht viel mehr weiß, als daß sie im Jahre 1852 von Hannibal Fischer öffentlich versteigert worden ist, d. h. auf eine wahrhaft schmachvolle Weise ihren Untergang fand. Nach den tiefern Zusammenhängen und den eigentlichen Schuldigen in dieser nationalen Tragödie zu forschen, verbot dem Durchschnittsdeutschen seine angestammte Loyalität. Deshalb wissen auch die wenigsten, daß die berüchtigte Auktion in Bremerhaven nur die äußere Erscheinung einer schon längst in der Stille sich abspielenden Zersetzung war und daß, will man überhaupt ein bestimmtes Datum anerkennen, ein andrer Tag bereits endgültig die schwarzrotgoldene junge Marine erledigt hatte. Dieser Tag, der sich jetzt zum 75. Male jährt, war der 31. Dezember 1851, denn an ihm hörte die deutsche Flotte auf, Bundesflotte zu sein, und ihre Verwertung bzw. Veräußerung wurde beschlossen.

Wir wollen die Geschichte dieser ersten schwarzrotgoldenen Flotte und besonders die Ereignisse, welche zu ihrer Auflösung führten, hier kurz betrachten, weil sie wieder einmal zeigt, wie die unter vaterländischen Phrasen heuchlerisch versteckte Haus- und Interessenpolitik der zahlreichen Landesväter jedes Einheitssehnen und Aufwärtsstreben der Nation erdrosselte und wie Mißgunst und Haß der Regierenden immer wieder die Farben herunterholte, die das Volk über sich sehen wollte!

Die Grundlagen der ersten deutschen Marine wurzeln im Jahre 1848 und in den außenpolitischen Wirrnissen, den Kriegen zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark. Das Volk, dem größenwahnsinnige und selbstsüchtige Fürsten immer jede politische Reife bestreiten wollten, erkannte im Jahre 1848, als es sich — leider nur auf kurze Zeit — einmal auf sich selbst und seine Kraft besann, mit klarem Blicke die Notwendigkeit einer deutschen Flotte Die „vaterlandslosen" Demokraten von 1848 empfanden die Schmach, daß das kleine Dänemark mit seiner Flotte die vollkommen schutzlosen Meere und Küsten des großen Deutschlands beherrschte, während die Fürsten und Regierungen es ohne Widerstand ertrugen. So kam unter dem Drucke der öffentlichen Meinung als eine der ersten politischen Taten der im Mai 1848 in Frankfurt zusammengetretenen Nationalversammlung die Bildung eines Marineausschusses mit dem praktischen Hintergrund einer Bewilligung von 6 Millionen Talern für die Gründung einer Flotte zustande. Die Verwirklichung dieser Pläne ging jedoch nur langsam vor sich, und Hamburg, in dem die alte hanseatische Tatkraft noch nicht erloschen war, machte auf eigne Faust einen Anfang. Durch Ankauf eines Segelschiffes und entsprechenden Umbau nebst Armierung desselben entstand die erste deutsche „Fregatte", die auch gleich „Deutschland" getauft wurde. Bald kamen durch Kauf dreier Dampfschiffe aus England drei weitere Kriegsfahrzeuge, die „Hamburg", die „Bremen" und die „Lübeck" hinzu. Führer und Maschinenpersonal waren mit übernommene Engländer, wie überhaupt in der ersten Zeit der jungen Marine die wichtigsten Posten Ausländern übertragen werden mußten. Im Oktober 1848 gingen diese Schiffe, die Fregatte und die drei Dampfkorvetten, in den Besitz des Reiches über. Die schwarzrotgoldene Flagge mit dem Reichsadler entfaltete sich an ihren Gaffeln, und mit Liebe schaute das Volk auf das schwarzrotgoldene Banner auf dem Meer, in dem sich seine Einheitsträume zu verwirklichen schienen. Im Reichsministerium dagegen sah man mit gemischten Gefühlen auf die zukünftige deutsche Flotte, denn niemand war da, der auch nur eine Ahnung von Organisation und Führung einer Seerüstung besaß, und doch verlangte das Volk, bei Wiederausbruch des Krieges im nächsten Frühjahr, die schwarzrotgoldene Flagge dem Danebrog auf dem Meer entgegentreten zu sehen. In dieser Not fand sich ein Bremer Großkaufmann Duckwitz, der zum Reichshandelsminister berufen und dem die Sorge für die junge Marine übertragen wurde. Dieser Kaufmann, dessen Name ganz unverdient in Vergessenheit geraten ist, hat mit großer Hingabe und Tatkraft, und ohne sich durch die mancherlei Fehl- und Rückschläge entmutigen zu lassen, sein schwieriges Amt geführt und außerordentlich viel für die Entwicklung der jungen Flotte geleistet. Er ist ein glänzendes Beispiel für die heute wieder so lebhaft bestrittene Tatsache, daß wirklich tüchtige Leute jeden „Fachminister" in den Schatten zu stellen und zu ersetzen vermögen. Als Hauptaufgabe betrachtete der neue Marineminister die Heranziehung von sachkundigen Männern. Unter diesen von Duckwitz herangezogenen Führern befand sich auch der spätere Admiral der Flotte, der bisher in türkischen Diensten gewesene Kapitän Brommy, ein geborner Leipziger. Auch wurden einige weitere Schiffe von England und

Die besondere Stellung des Offizers sollte sich auch auf seine Familie erstrecken. Der Offizier bedurfte, um sich zu verheiraten, der Genehmigung des Militärkabinetts. Diese wurde einmal davon abhängig gemacht, daß die Braut ebenfalls monatliche Einkünfte von monatlich 150 Mark hatte, zum andern mußte die Familie der Schwiegereltern „einwandfrei" sein. Daß die Genehmigung zur Verheiratung mit Töchtern von Sozialdemokraten und Freisinnigen nicht erlaubt wurde, versteht sich von selbst. Aber auch gewisse Berufe galten als anrüchig. Kein Mädchen, das jemals hinter dem Ladentisch gestanden hatte, konnte Offiziersfrau werden, und selbst die Eltern und Schwiegereltern des Offiziers durften keine offnen Ladengeschäfte mehr betreiben. Mir ist ein Fall bekannt, in dem ein Vizewachtmeister der Reserve erst dann zum Offizier gewählt wurde, nachdem seine Mutter sich verpflichtet hatte, ihr gutgehendes Geschäft abzugeben.

Strengste Trennung von Offizier und Mann war auch außerdienstlich vorgeschrieben. Der Offizier gehörte ins Kasino, der Unteroffizier und Mann in die Kantine. Auch im Kriege wurde dies durchgeführt, sobald man aus der Feuerstellung zurückgekommen war. Die einzige Truppe, bei der sich diese strenge Trennung etwas gelockert hatte, war die Fliegertruppe. Hier konnten Unteroffiziere auf Grund ihrer persönlichen Leistungen, die sie bei den Fliegern wie bei keiner andern Waffe zu entfalten in der Lage waren, hin und wieder Eingang in das Offizierskorps finden, ohne ihm formell anzugehören. Es ging nicht gut an, Männer wie die Vizefeldwebel Festner und Weiß, die in fliegerischer Tüchtigkeit den meisten Offizieren überlegen waren, gesellschaftlich zu „schneiden".

Nimmt man noch hinzu, daß auch schon während der Ausbildungszeit der Offiziersanwärter zahllose Vorteile und Erleichterungen genoß, daß er den Stalldienst, den Wachtdienst, die Mannschaftsstube, wenn überhaupt, dann nur flüchtig für einige Tage oder Wochen zu Gesicht bekam, dann versteht man, daß die Offiziere im alten deutschen Heere zum allergrößten Teil dem Denken und Fühlen ihrer Untergebenen verständnislos gegenüberstanden.

Was diese Untergebenen anbelangt, so wurde auch hier Wert darauf gelegt, die Soldaten vom Volke zu trennen. Langer Kasernendienst sowie Versammlungs- und Zeitungsverbot in Verbindung mit „vaterländischen Unterricht" trugen dazu bei, die politisch meist ungeschulten und unreifen jungen Männer in kurzer Zeit zu solchen Kreaturen zu machen, die nach wilhelminischem Rezept auf Befehl ihrer Offiziere imstande waren, Vater und Mutter totzuschießen. Alle Elemente, die nur irgendwie verdächtig waren, mit dem Volke zu sympathisieren, wurden aus ihrer Heimat entfernt und in entlegenen Grenzgarnisonen eingezogen. Die Polen dienten hauptsächlich im Rheinland, die Elsässer in Posen, und wer mit dem berüchtigten „roten S." als sozialdemokratischer Funktionär gekennzeichnet war, kam bestimmt in keine Großstadt, sondern in irgendeinen verlornen Winkel in Pommern oder Ostpreußen.

In dem Augenblick, wo sich Deutschlands Heer verzwölffachte, wo die alten Jahrgänge bis zum 45. Lebensjahr eingezogen wurden, da konnte das Offizierskorps die künstlichen Schranken zwischen Heer und Volk nicht mehr aufrechterhalten. Heer und Volk waren eins. Das Offizierskorps stand vor der Wahl, entweder von seiner starren Geschlossenheit etwas aufzugeben oder ein Fremdkörper im bekämpft, man muß hinein und sie in seinem Geiste auszubauen versuchen.

Der Haß, den die Arbeiterschaft gegen das alte Offizierkorps, die mächtigste Stütze der Reaktion, richtete, war zu verstehen und ein befreites Aufatmen ging durch das ganze Volk, als diese Säule gestürzt war. Nun aber zeigte sich eine ungeheure Kurzsichtigkeit: als es sich darum handelte, das neue Heer aufzubauen, blieb die Arbeiterschaft ostentativ fern. Sie hatte den Haß, der sich doch nur gegen die Inhaber der Gewalt hätte richten sollen, auf die Einrichtung selbst übertragen. So kam es, daß das neue Heer, die Reichswehr, mit Hilfe der alten Offiziere aufgebaut werden mußte, und welche Früchte dies getragen hat, hat uns die Affäre des Hohenzollernprinzen mit aller Deutlichkeit gezeigt. Unsre Freunde in Oesterreich sind viel klüger gewesen. Sie haben die Lehren von Bebel und Jaurès verstanden, welche der Arbeiterschaft immer und immer wieder predigten: Man gewinnt keinen Einfluß auf eine Einrichtung, wenn man sie lediglich bekämpft, man muß hinein und sie in seinem Geiste auszubauen versuchen.

Wer glaubt, daß mit der bloßen Verneinung des Heeres der Krieg aus der Welt geschafft wird, handelt nach dem Rezept des Bakkalaureus im „Faust": „Wenn ich nicht will, so darf kein Teufel sein!" Ihm wird der Teufel sehr bald ein Bein stellen. Schaffen wir ein Gesetz, welches den Parlamentseinfluß auf den Ersatz in der Reichswehr sichert, ermuntern und ermutigen wir die republikanische Jugend, in die Reichswehr einzutreten, und achten wir darauf, daß sie nicht durch monarchistische Vorgesetzte herausgeekelt wird, dann können wir vielleicht in einigen Jahren den Schaden gutmachen, den wir durch die Unterlassungssünde beim Aufbau der Reichswehr mitverschuldet haben. „Nicht Kampf gegen das Heer, Kampf um das Heer ist die Losung!" —

Aufruf

Deutscher Republikanischer Lehrerbund an Volks-, Mittel- und Hochschulen

Die republikanische Lehrerschaft begrüßt mit besonderer Freude und Hoffnung den Ruf von **Wirth, Haas** und **Löbe** nach Sammlung aller Republikaner. Es soll uns ein Ansporn zum weitern Ausbau unsrer seit 1921 bestehenden Organisation sein.

Unsre ganze Arbeit gilt der Zukunft, der Festigung und der Blüte der deutschen Republik.

Wir wollen im Sinne der Weimarer Reichsverfassung die **deutsche Jugend** erziehen, das ganze Schulwesen und Schulleben, Organisation und Verwaltung, pädagogische Literatur und Schulbücher mit **republikanischem Geist erfüllen.**

Wir wollen jeder an Schulen und Universitäten sich zeigenden, gegen die Republik gerichteten Propaganda entgegentreten und **Anfeindungen** sowie **Schädigungen,** die Lehrern oder Schülern aus ihrem Bekenntnis zur Republik erwachsen, gemeinsam **abwehren.** Die Klagen aus allen Teilen Deutschlands über dienstliche und gesellschaftliche Zurücksetzungen und Benachteiligungen republikanisch gesinnter Lehrer sind erschütternd. Sie allein rechtfertigen schon unsern Bund.

Wir treiben keine Parteipolitik. Wir beabsichtigen nicht mit den Fachverbänden der einzelnen Lehrergattungen in Konkurrenz zu treten. Diese haben sich andre Aufgaben gestellt. Unsre Zeitschrift **„Der Wegweiser"** will das Forum bilden für sachliche und duldsame Aussprache über **Schul- und Kulturfragen.** So tief und grundsätzlich auch manche Gegensätze in diesen Fragen die im republikanischen Gedanken Geeinten voneinander trennen, muß doch eine ruhige Aussprache zum **objektiven Verständnis** und zur **echt demokratischen Toleranz** gegenüber jeder ehrlichen Ueberzeugung führen. Hier klärend und versöhnend zu wirken, ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der deutschen Republik.

Wir wollen **Erziehungsarbeit für den neuen Staat** leisten und ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und Konfession alle Lehrer an Volks-, Mittel- und Hochschulen sammeln, die sich rückhaltlos zur deutschen Republik bekennen. Tausende stehen noch abseits, die uns ihre Sympathien entgegenbringen. **„Ein Körnchen Mitarbeit** ist mehr wert als ein Zentner Sympathie!"

Republikanische Lehrer und Lehrerinnen! Beherzigt dieses Wort eines der geachtetsten Vorkämpfer der Republik und arbeitet mit!

Eltern! Lest auch ihr unsre Zeitschrift **„Der Wegweiser",** die bereits im 3. Jahrgang mit gediegenen, anregenden Originalaufsätzen zur besinnlichen Vertiefung freier Staatsgesinnung wirksam beiträgt. (Jährlich 1.50 Mark.)

Das Opfer, das wir fordern, ist für den einzelnen äußerst gering. Der Nutzen, der aus unsrer gemeinsamen Arbeit der deutschen Republik erwächst, wird gewaltig sein.

Der Vorstand des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes.

Universitätsprofessor Dr. von Aster. Rektor Loos.
Oberstudienrat i. R. Professor Hüter.

Bundesanschrift: Deutscher Republikanischer Lehrerbund, der Vorort Gießen, Steinstraße 90.

Diesem Aufruf treten empfehlend bei:

Reichsinnenminister a. D. Dr. **Eduard David,** M. d. R.; Universitätsprofessor Dr. **Gustav Radbruch;** Frau Oberschulrätin Dr. **Hildegard Wegscheider,** M. d. Preuß. L.; Geheimrat Universitätsprofessor Dr. **Ferdinand Tönnies;** Lehrer **Werner Wickel,** M. d. Preuß. L.; Mittelschullehrer **Ferdinand Hoff,** M. d. Preuß. L.; Oberstudiendirektor Dr. **Theodor Bohner,** M. d. Preuß. L.; Universitätsprofessor Dr. **Friedrich Dessauer,** M. d. R.; Dr. **Leo Weismantel,** M. d. Bayr. L.; Reichskanzler a. D. Dr. **Joseph Wirth,** M. d. R.

Anmeldungen zum Bund (jährlich 1.80 Mark einschließlich „Wegweiser") oder Bestellungen auf den „Wegweiser" (jährlich 1.50 Mark) sind zu richten an unsern Rechner, **Zeichenlehrer J. Klein, Gießen, Bismarckstraße 11** (entweder auf Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 69154 oder in Briefmarken).

Kleinkaliber in Ostpreußen

Konteradmiral a. D. Küsel, Vorsitzender des Provinzialverbandes des Kleinkalibersports Ostpreußen, sendet uns folgende Berichtigung:

Es ist unrichtig, daß von mir oder einer andern dem Provinzialverband des Kleinkalibersportes Ostpreußen E. V. (KKSO.) angehörenden Person jemals die von dem Reichsbanner abgedruckten Schreiben angefertigt, unterzeichnet oder abgesandt wurden.

Richtig ist vielmehr, daß diese Schreiben in ihrem ganzen Umfang eine Fälschung darstellen.

Hochachtungsvoll
Küsel,
Konteradmiral a. D. und Vorsitzender des Provinzialverbandes des Kleinkalibersportes Ostpreußen E. V.

Wir nehmen an, daß Herr Admiral Küsel gegen den oder die Verfasser der Rundschreiben Strafantrag wegen Urkundenfälschung gestellt hat oder noch stellen wird. Für diesen Zweck sind wir bereit, ihm den Namen des Mannes zu nennen, dem wir unsre Kenntnis verdanken — falls Herr Admiral Küsel nicht schon von andrer Seite erfahren hat, wer dieser Mann ist. Wie uns aus Königsberg mitgeteilt wird, ist eine Untersuchung im Gange, über deren Ergebnisse wir zur Stunde leider nicht berichten dürfen. Höltermann.

Frankreich und wir

Die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ist die Vorbedingung der Herstellung der „Vereinigten Staaten von Europa". Die Paneuropa-Idee hat in den letzten Jahren immer mehr Anhänger gefunden, und für jeden Einsichtswollen ist die Verwirklichung dieses großen Planes die einzige Gewähr dafür, daß wir vor einer zweiten Tollheit, wie sie der letzte Weltkrieg darstellt, bewahrt bleiben. Wir müssen zunächst die Grundlagen des neuen Europas schaffen, und dazu gehört in erster Linie die Schaffung eines wahren Friedenszustandes zwischen den Nachbarvölkern Deutschland und Frankreich.

Nach vier Jahren bin ich zum erstenmal wieder in Paris. Es hat sich allerhand geändert in diesen letzten Jahren! Die Außenpolitik der deutschen Republik beginnt langsam Früchte zu tragen. Wo ein Rathenau und Wirth unter schwierigsten Umständen säten, kann Stresemann anfangen zu ernten! Die Einreiseerlaubnis nach Frankreich wird wieder erteilt, es war auch ein ungerechter und unwürdiger Zustand, daß uns in den ersten Jahren nach dem Kriege der Aufenthalt in Frankreich nicht gestattet wurde, während die Franzosen ohne weiteres nach Deutschland einreisen konnten. Im besetzten Gebiet wird die Paßkontrolle auch milder gehandhabt. Immerhin will es uns nach Inkrafttreten des Locarnovertrags recht überflüssig erscheinen, daß auf den meisten Bahnhöfen des Rheinlandes noch Soldaten, z. T. mit aufgepflanzten Seitengewehren (!) sich breitmachen. Wozu und gegen wen? Ein Pole, der mit mir im Abteil saß, gab seiner Entrüstung über die heute völlig unnötige Besatzung lebhaft Ausdruck. Für ein friedfertiges Volk ist es doppelt aufreizend, eine fremdsprachige Besatzung zu erdulden, und wir wollen hoffen, daß das Rheinland bald ganz von der Besatzung frei wird!

In Paris wird man als Deutscher liebenswürdig aufgenommen. Die Stimmung des Volkes hat jenen Frost verloren, der vor Jahren begreiflicherweise noch bestand. Die Presse redet durchaus sachlich über die Beziehungen zu Deutschland und die allgemeine Stimmung kann man, wie mir ein höherer Regierungsbeamter sagte, als durchaus der Verständigung und Zusammenarbeit mit Deutschland günstig ansehen. Die Leidenschaft hat sich gelegt und die Vernunft bricht sich Bahn. Stresemann hat sich Vertrauen errungen, und man wird mit ihm gern weiter paktieren. Großes Interesse hat man für den Jungdeutschen Orden, und ich werde häufig gefragt, welche Bedeutung derselbe hat, und was von Artur Mahraun zu halten sei. So viel ist sicher, wenn es Mahraun Ernst ist, mit seiner Befürwortung der Verständigung mit Frankreich, so hat er den beiden Völkern einen großen Dienst

---

Amerika erworben, von denen das eine, welches den Namen „Barbarossa" erhielt, später Flaggschiff wurde und sich einer gewissen Popularität rühmen durfte. Die Bemannungsfrage war, was die Mannschaften anbelangte, nicht schwer zu lösen, denn aus den deutschen Küstenländern drängten sich zahlreiche junge tüchtige Seeleute zum Dienst. Auch die Steuerleute und Unterführer konnte die deutsche Handelsmarine stellen, während die höhern Kommandostellen immer noch zum Teil mit Ausländern besetzt werden mußten, unter denen sich belgische Seeoffiziere durch Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit auszeichneten. Diese ersten Offiziere — Deutsche sowohl wie Ausländer — der ersten, unter schwarzrotgoldenen Flaggen fahrenden deutschen Kriegsschiffe waren im allgemeinen wirkliche Seeleute und ebenso tüchtige wie humane Führer und Vorgesetzte. Die Disziplin war infolgedessen vorzüglich, besser vielleicht als auf der spätern „kaiserlichen" Marine, deren Offiziere sich immer mehr dem Typ des „preußischen Leutnants" näherten. Wir wissen ja alle, wohin auch auf der Marine diese „Schneidigkeit" geführt hat.

Die bereits erwähnte Hoffnung auf ein baldmöglichst kriegsbereites deutsches Geschwader wurde durch Preußen vereitelt. Die preußische Regierung weigerte sich, der Zentralgewalt Folge zu leisten und ihre Postdampfschiffe zur Disposition zu stellen. Außerdem lehnte Preußen die schwarzrotgoldene Flagge ab und verlangte, daß die von ihm gestellten Kriegsschiffe und Kanonenboote die deutsche Flagge führen sollten. „Das war", wie ein alter verdienter Admiral, der als junger Seeoffizier damals Dienst tat, 30 Jahre später erklärte, „der härteste Schlag, den die junge deutsche Flotte empfing und sah einem Todesstreich erschreckend ähnlich." Ebenso behielt Preußen seine zweite fällige Rate zur Deckung der Kosten für die 1848 übernommene Gestellung von 39 Kanonenbooten ein. Das war das Preußen, das angeblich seine Sonderinteressen stets dem Reichsgedanken zum Opfer gebracht haben wollte!

Mitte des Jahres 1849 war der Aufbau der deutschen Marine, der trotz Preußens Widerstand durch die rastlose Tätigkeit, hauptsächlich von Duckwitz und Brommy, weitergeführt werden konnte, ungefähr abgeschlossen. Sie bestand jetzt aus neun Dampfkorvetten, einer Segelfregatte und 27 Kanonenbooten. Und alle diese Fahrzeuge führten die schwarzrotgoldene Flagge!

Wir müssen hier die Leistungen der Flotte und ihrer einzelnen Schiffe übergehen. Zu großen und entscheidenden Taten ist sie nicht gelangt. Das elende System der deutschen Viel-Regierungen hemmte jede freie Entwicklung und Entfaltung. Das Interesse auch bei der Bevölkerung begann langsam zu schwinden unter dem lähmenden Einfluß der politischen Misere. Vollends die Regierungen, welche unter dem Einfluß der herrschenden reaktionären Strömung mit mißtrauischen Blicken auf die nach ihrer Ansicht reaktionäre Schöpfung gesehen und sich der Verpflichtung zur finanziellen Unterstützung fast ganz entzogen hatten, ignorierten immer mehr diese schwarzrotgoldene Marine. So kann es nicht wundernehmen, daß im Jahre 1850 in bezug auf die so hoffnungsvoll ins Leben getretene, mit so unendlich viel Hingabe und Tatkraft aufgebaute junge Flotte schon aus sachverständigem Munde das grausam bittere Wort gesprochen wurde: „Die deutsche Flotte vegetiert nur noch!" Die Auflösung hatte begonnen und schritt unaufhaltsam dem völligen Ende entgegen. Im Anfang des Jahres 1851 wurde der Bundesversammlung als ein gewissermaßen letzter Versuch, die sterbende Reichsmarine zu retten, eine Dreiteilung vorgeschlagen, und zwar in eine österreichische, eine preußische und in eine Nordseeflotte, welche letztere von den übrigen deutschen Staaten erhalten werden sollte, was bedeutete, daß dieses Kontingent von dreißig Souveränen abhängig sein würde! Jeder halbwegs Einsichtige mußte sich sagen, daß dieser von Oesterreich ausgegangene Vorschlag die unglückliche deutsche Flotte in unglaubliche Wirrnisse stürzen und ihre Schlagfertigkeit vernichten mußte. Das Projekt scheiterte denn auch an dem Widerstand Preußens und der mitteldeutschen Staaten, und in der Bundessitzung vom 31. Dezember 1851 wurde in diesem Sinn entschieden und die **Auflösung der Flotte beschlossen. Der Traum von Schwarzrotgold auf dem Meere war ausgeträumt!**

Was nun noch geschah, ist von episodenhafter Nebensächlichkeit. Ein im März 1852 in Hannover tagender „Flottenkongreß" war eine bloße Farce und diente preußenfeindlichen und sonderbundlichen Bestrebungen Bayerns und Hannovers. Die traurige Auktion der Mehrzahl der Schiffe auf der Reede von Bremerhaven war nur der weitern Kreisen sichtbare Ausdruck einer bereits vollendeten Tatsache und verdient nicht, wie es häufig geschieht, als die eigentliche Auflösung der Flotte angesehen zu werden. Diese war von der Regierungsgewalt am 31. Dezember 1851 beschlossen. Die Ausführung bis zur Abstoßung des letzten Schiffes bzw. der letzten Arsenalbestände mußte naturgemäß einige Zeit in Anspruch nehmen. So ist es zu erklären, daß der Generalbefehl des Admirals Brommy, in dem er von einer Flotte Abschied nimmt, die schon längst aufgehört hatte zu existieren, sogar erst vom 31. März 1853 datiert ist.

Der Reaktion mit ihrem unausrottbaren Hasse gegen die vom Volke begehrte und hochgehaltene Fahne Schwarzrotgold war es gelungen, diese stolzen Farben vom deutschen Meere wieder zu verdrängen. Die kostbarste schwarzrotgoldene Fahne wehte von dem Admiralsschiff, der „Barbarossa". Frauen und Jungfrauen der Stadt Brake hatten sie gestickt und dem damaligen Kapitän Brommy übergeben, als er im Mai 1849 mit der „Barbarossa" vor Brake lag. Unter dem Hurra der Mannschaften und dem Donner der Kanonen stieg sie empor, begleitet von heißen Wünschen und Hoffnungen. 11 Jahre später wurde in St. Magnus an der Weser in dasselbe kostbare Tuch ein stiller Mann gebettet und mit ihm ins Grab gesenkt. Der treue Admiral der schwarzrotgoldenen deutschen Flotte wollte sich auch im Tode nicht von diesen ihm teuren Farben trennen und wurde, seinem ausdrücklichen Wunsch entsprechend, in dieses Leichentuch gehüllt ins kühle Grab gesenkt. Die Besten, die Tüchtigsten, die Treusten waren es damals, die den heiligen Farben Schwarz und Rot und Gold bis zum Tod und noch darüber hinaus anhingen, und diese Farben wagen heute sich national und deutsch nennende und dünkende Menschen zu besudeln. Wie muß in diesen armseligen Köpfen die Geschichte Deutschlands sich abspiegeln. Wir kennen die wahre Geschichte unsers Vaterlandes besser, und deshalb wollen wir treue Hüter der Ideale unsrer Väter sein und bleiben, der Ideale, die unlösbar verbunden sind mit Schwarzrotgold! Dr. K.

erwiesen. Man ist noch mißtrauisch gegen ihn, weil er solange Arm in Arm mit den reaktionären Verbänden sich befand, und man weiß nicht, ob seine jetzige Haltung vielleicht nur ein Manöver ist.

Je mehr die Republik sich stabilisiert in Deutschland, um so eher werden wir zu einer restlosen Verständigung mit unsern Nachbarn gelangen. Hier gibt es natürlich auch „Nationalisten", die jedes Gerücht über die Rückkehr des Flüchtlings Wilhelms 2. aufgreifen und die sich über jeden angekündigten Putsch der Hochverräter (die ja bislang stets milde Richter fanden) freuen, da dies ihnen Gelegenheit gibt, auf die Gefahren hinzuweisen, denen Frankreich angeblich ausgesetzt sei. Arbeiten wir im Reichsbanner dafür, daß diesen Gerüchten der Boden entzogen werde, auf dem sie gedeihen, und wir tragen am besten zur deutsch-französischen Annäherung bei! Stärken wir immer mehr die Reihen der Republikaner, ziehen wir die Jugend zu uns und erfüllen sie mit republikanischem Geist und arbeiten wir an unsrer Vervollkommnung, damit wir würdige Nachfahren seien der idealen Kämpfer von 1848, — dann wird es nie schlecht stehen um die Zukunft der deutschen Republik! Hans Mallet (Paris).

Randbemerkungen

Nach Zeitungsmeldungen hat die Oberstaatsanwaltschaft in Gießen den Haftbefehl gegen den der Anstiftung zum Fememord verdächtigen ehemaligen Hauptschriftleiter der Stahlhelmzeitung, Friedrich Wilhelm Heinz, aufgehoben. Die Stahlhelmzeitung spricht von einem völligen Zusammenbruch des Verfahrens gegen Heinz und weist darauf hin, daß gegen den Hauptbelastungszeugen Schmidt ein Verfahren wegen Diebstahls, Unterschlagung, Erpressung und Anerbietens eines Falscheides gegen Geld eröffnet woredn sei.

Der Ausgang der Landsberger Fememordprozesse rückte eine derartige Erledigung des Falles Heinz durchaus in den Bereich des Möglichen. Vorläufig aber scheint die Sache doch noch einen Haken zu haben, denn einmal dementiert die Staatsanwaltschaft, daß gegen Schmidt ein Verfahren laufe, und zum andern interessiert sich das hessische Justizministerium außerordentlich für die Umstände, die die Aufhebung des Haftbefehls gegen Heinz bewirkt haben. Woraus zu schließen ist, daß dieser Fall noch allerlei Ueberraschungen mit sich bringen dürfte.

Recht interessant ist in diesem Zusammenhang ein Aufsatz, mit dem die Stahlhelmzeitung die angeblich im Falle Heinz in Erscheinung tretende „Rechtsnot" kommentiert. Da wird behauptet, die Justiz werde zum politischen Büttel degradiert, um die nationalen Kreise zu schlagen. Diese Behauptung wird durch die bisherige Praxis der Justiz schlagend widerlegt. Es ist eine Binsenwahrheit, daß die nationalen Kreise bisher von der Justiz mit einer Milde angefaßt wurden, die in schreiendem Gegensatz zu der drakonischen Strenge stand, mit der sie Republikaner zu treffen wußte. Die Republikaner können mit der größten Berechtigung den Satz unterschreiben, der in der Stahlhelmzeitung zu Unrecht steht: „Das Rechtsempfinden des Volkes muß sich aufbäumen gegen die Willkür- und Unrechtsjustiz, die sich immer dreister hervorwagt."

*

In Bayern, wo der Furor teutonicus in besonders stark ausgeprägtem Maße zu Hause ist, soll laut „Münchner Post" unter der Führung des Generals Kaiser eine „Anti-Reichsbannerliga" gegründet werden. Man plant, aus der alten Einwohnerwehr und den übrigen rechts gerichteten Organisationen die jüngern waffengeübten Leute, vor allem Offiziere, zu Sturmtrupps zusammenzufassen, deren Aufgabe der Kampf gegen das Reichsbanner ist. Es wird verkündet, daß in das Kleinkaliberschießen ein andrer Schwung hineinkommen müsse; es müsse wieder zur „Latte", d. h. zum Gewehr, gegriffen werden. Die Auseinandersetzung mit dem Reichsbanner könne nur mit der Waffe erfolgen; das Endziel sei der Bürgerkrieg.

Man hat bisher noch nichts davon gehört, daß sich der Staatsanwalt der so frivol mit dem Bürgerkrieg spielenden Leutchen angenommen hätte. Wahrscheinlich hält man ihnen zugute, daß ihre Absichten der echt vaterländischen Gesinnung entsprechen, mit der die Putschisten noch bei allen Gerichten Eindruck geschunden haben. Immerhin, ihre Offenheit ist das einzig Erfreuliche an ihrem Vorhaben; sie wird es ermöglichen, die Verantwortlichen für etwa kommende Ereignisse festzustellen.

Der „Kladderadatsch", das „nationale" Witzblatt, bringt unter dem Titel „Die seltensten Abnormitäten des Neuen Deutschland" das Bild einer Schaubude, vor der der Ausrufer schreit: „Immer hereinspaziert, meine Herrschaften! Hier sind zu sehen die größten, staunenerregenden Attraktionen der ganzen Welt! Nie gezeigt in Deutschland! Unerreicht! Ohne Konkurenz! Hier sehen Sie: den Mann — ohne Motorrad! Die Frau, die wirklich etwas anhat! Den Schieber, der tatsächlich bestraft wurde! Den Jüngling ohne Zigaretten! Die nationale Zeitung, die noch nie verboten war! Den Sozi, der noch nie gestreikt hat! Das Mädchen von 14, das noch nie im Kino war! Den Reichsbannerhelden, der noch keinen Stahlhelmer erstochen hat. . . ."

Wenn die Aeußerung über das Reichsbanner ein Witz sein soll — wenn auch ein recht schlechter —, kann man sich damit abfinden, denn über Geschmack läßt sich bekanntlich nicht streiten. Bei den „nationalen" Kreisen, in deren Diensten der „Kladderadatsch" steht, hört allerdings der Witz auf. Es ist bittere Wahrheit, daß ihnen die Mörder von Erzbergr und Rathenau angehören, daß sie verantwortlich sind für die Atmosphäre, in der die Fememorde und die unzähligen Gewalttätigkeiten gegen republikanische Staatsbürger möglich wurden. Angesichts dieses Schuldkontos sollte den im Glashause sitzenden Redakteuren des „Kladderadatsch" eigentlich der Mut vergehen, mit Steinen zu werfen. . . . —

Reichsbanner-Beobachter

Schule und Republik.

In Dresden wurde der militärisch-monarchistische Schmuck der neuen Infanterieschule gezeigt Was ist die Infanterieschule gegen das Lyzeum in Stendal! Dort hängen in jedem Klassenzimmer Bilder von Mackensen und Kaiserinnen- und Prinzessinnenbilder vermehren sich dort über Nacht. Warum sollen denn Lehrer an Lyzeen nicht für die Deutschnationalen werben?

Gegen den Direktor des Realgymnasiums in Betzdorf a. d. Sieg ist endlich ein Disziplinarverfahren eröffnet worden. Das ist der liebe Mann, mit dessen Verfassungsfeier im Nebenher die Republikaner nicht zufrieden sind. Er selbst hat im Jahresbericht erzählt: „. . . anläßlich eines im September unternommenen Schulausfluges hat der Direktor in Erledigung der diesbezüglichen Verfügung der Reichsverfassung, dann des Sedantages gedacht. Der liebe Mann veröffentlichte 1926 eine offizielle Festschrift seiner Schule, in der er unter „Schulchronik" nichts mitzuteilen weiß, als daß die Kaiserfeier in der festlich geschmückten Aula den Mittelpunkt des Schullebens gebildet habe. Er druckt die Kaiserfeier-Reden mit dem Hoch auf Wilhelm den Ausreißer ab und bedauert dann, daß die Kaiserfeiern seit der Revolution nicht mehr diesen Mittelpunkt bildeten. — Dafür hat man in dieser rheinischen Stadt im Jahre 1925 die 250-Jahr-Feier ausgerechnet der Schlacht bei Fehrbellin begangen. Und „in Erledigung gewisser Verfügungen", so teilt die „Schulchronik" mit, wird neuerdings im September der 11. August gefeiert". — In Betzdorf sucht man am Realgymnasium die Wahrheit, wie ein Aufsatzthema erkennen läßt: „Die Kriegsschuldlüge nach dem Buch des Kronprinzen (nicht des gewesenen Kronprinzen) Friedrich Wilhelm: Ich suche die Wahrheit." — Und gegen einen so tüchtigen Erzieher der deutschen Jugend eröffnet der preußische Kultusminister ein Disziplinarverfahren, statt ihn ins Ministerium zu berufen, um dort die diesbezüglichen Verfügungen gemäß den Bestimmungen der Reichsverfassung zu verfassen.

Aber vielleicht ist für diese Arbeit der neue Direktor des Staatl. Gymnasiums in Meldorf (Schleswig-Holstein) noch besser geeignet, der offenbar wegen seiner Bekämpfung von Schwarzrotgold zum Direktor befördert wurde.

*

2000 Parlamentarier.

Reichsinnenminister Dr. Külz sprach in Görlitz von allerlei politischen Notwendigkeiten der inneren und äußeren Politik. Vom Finanzausgleich, Verwaltungsreform und von der Struktur der deutschen Republik: Es ist unmöglich, so erklärte der Minister, auf die Dauer in Deutschland 60 Minister und 2000 Parlamentarier zu haben.

(Sehr gut, Herr Minister! Aber was hat Ihr Ministerium getan, um der Regierungs- und Parlamentsspielerei in den Ländern entgegenzuwirken? Warum nützen Sie nicht die Propagandakraft des Reichsbanners?) —

*

Kirchenwahlen.

Ueber die Kirchenwahlen in Thüringen berichtet E. F. in der „Frankfurter Zeitung":

„Am 14. November fanden in Thüringen die Wahlen zum Landeskirchentag statt. Wie vorher in Baden und in Anhalt beteiligten sich zum ersten Male die religiösen Sozialisten daran. Abgegeben wurden im ganzen nach vorläufiger Berechnung (es stehen noch viele kleine Orte aus) 98 264 Stimmen. Davon fallen auf den Christlichen Volksbund (Orthodoxie) 34 419 Stimmen und 21 Sitze, auf den Volkskirchenbund (Liberale) 31 378 Stimmen (20 Sitze), auf den kirchlichen Einigungsbund, Mittelpartei, bisher zwischen Orthodoxie und Liberalismus, 18 308 Stimmen (12 Sitze), Deutschkirche 3394 Stimmen (2 Sitze) und religiöse Sozialisten 10 765 Stimmen (7 Sitze). Die Liste der religiösen Sozialisten wurde getragen von einer ganz kleinen Gruppe, ohne Geldmittel, sechs Pfarrer unter den 900 bis 1000, die Thüringen hat. Sie konnte fast den neunten Teil von Wählern an die Urne bringen.

In kirchlichen Kreisen verbirgt man sich die religiöse Bedeutung dieser Tatsache, indem man mit dem Gedanken operiert, daß hier die Macht der Sozialdemokratischen Partei eingespannt worden sei. Das aber ist gerade nicht der Fall. Die Partei als solche war entsprechend ihrem Programm völlig neutral, teilweise wohlwollend, teilweise gleichgültig neutral. Während alle andern Gruppen hervorragende Männer des politischen und wirtschaftlichen Lebens auf ihren Listen hatten, ist das beim religiösen Sozialismus nicht der Fall. Und jedermann sollte wissen, wie stark die Meinung, daß Kirche und Sozialismus bitterste Feinde seien, in der Arbeiterschaft festsitzt. Alle die, die hier wählten, haben gegen die Richtung gewählt, die ihr geistiges Werden und ihre Umgebung beherrscht. Während überall politische Motive und Parteiinteressen mitsprechen, wählt man hier gegen das, was bis jetzt als Parteiinteresse gegolten hat. Und drüben der ganze Apparat der bisherigen kirchlichen Organisation, alles, was die „kirchlichen Kreise" an Wohltätigkeit und einflußreichen Vereinen organisiert haben."

In Anhalt haben die religiösen Sozialisten, die einzige republikanische Gruppe in der evangelischen Kirche, vier Sitze errungen.

Haben in Baden, in Anhalt und Thüringen alle Kameraden, die Mitglieder der evangelischen Landeskirche sind, bei den Wahlen ihre Pflicht getan? Wer am Wahltag zu Hause blieb, hat das Recht verwirkt, sich über die Reaktion in der evangelischen Kirche zu beklagen. —

*

Hundertprozentige Oesterreicher.

Die Geographische Anstalt Perthes in Gotha hat Stielers Weltatlas neu aufgelegt. In diesem Atlas erscheint die Republik Oesterreich nicht in einer Sonderkarte, sondern im Interesse des großen Maßstabes auf das Alpengebiet verteilt in zwei Karten; die Ueberschrift Oesterreich fehlt. Aus diesem Tatbestande, den man ja keineswegs in Ordnung finden muß, entwickelte sich ein Briefwechsel. Der Verlag hatte auf die verständliche Kritik eines österreichischen Professors seine Gründe mitgeteilt und das Schreiben geschlossen: „Gern will ich versuchen, bei der nächsten Ausgabe in Ihrem Sinne Abhilfe zu schaffen und nichts würde uns mehr freuen, als Oesterreich dann als ein Glied des Deutschen Reiches in unserm Stieler einreihen zu dürfen."

Die Wiener „Reichspost", das Organ der Christlichsozialen Partei, knüpft an diesen Satz folgende Bemerkung:

Was aber den letzten Satz der Beantwortung der Herausgeber des Stieleratlas anlangt, so sei nicht verschwiegen, daß diese Art der Behandlung unsers Staates, daß man Oesterreich einfach aus der Reihe der mit andern Staaten Gleichberechtigten wegstreicht, am allerwenigsten geeignet ist, dem in jenem Satze ausgesprochenen Wunsche zu dienen. So einfach aus Europa wegeskamotieren lassen wir Oesterreicher uns bei aller unsrer Gemütlichkeit doch nicht.

Die „Reichspost" ist das Blatt der 100prozentigen Oesterreicher, die den Anschlußgedanken hassen wie der Teufel das Weihwasser. Aber die Deutschen in Oesterreich werden zur deutschen Republik kommen — trotz „Reichspost" und Mataja. —

*

Der Fridericus-Kult der Republik.

Vor fünf Wochen feierte eine höhere Schule in Glogau ihr dreihundertjähriges Jubiläum. Dabei teilte Staatssekretär Lammers im Auftrage des Kultusministers mit, daß „dem Wunsche des Kollegiums entsprechend" die Schule künftig den Namen „Friderizianum" führen dürfe!

Am meisten erstaunt soll das Kollegium gewesen sein, dessen Mitglieder über den Antrag nicht unterrichtet waren.

Achtung, Ortsvereinsvorstände!

Um den Ortsvereinen eine günstige Einkaufsmöglichkeit zu schaffen, gewähren wir für Aufträge, welche bis zum 31. Dezember 1926 bei uns eingehen, auf sämtliche Katalogpreise einen Rabatt von 10 Prozent. Diese Gelegenheit soll den Ortsvereinen, welche noch nicht im Besitz einer Ortsvereinsfahne sind, die Möglichkeit zu besonders preiswerter Beschaffung geben. Wir liefern nicht nur die in unserm Katalog verzeichneten und abgebildeten Fahnen, sondern auch Fahnen nach besondern künstlerischen Entwürfen und bitten bei Bedarf um Einholung unsrer Vorschläge und Zeichnungen. Auf unsre Abteilung Handstickerei machen wir ganz besonders aufmerksam. Auf Wunsch können wir Zahlungserleichterungen gewähren und Fahnen zur Lieferung im Frühjahr 1927 schon jetzt in Auftrag nehmen.

Infolge günstigen Einkaufs sind wir in der Lage, unsern Kameraden grüne Sporthemden mit Krawatte zum Preise von 4,50 Mark zu liefern. Bei Aufgabe der Bestellung bitten wir Körpergröße und Halsweite anzugeben.

Um unser Lager in Mützen zu räumen, bieten wir blaue Reichsbannermützen (Klubmützen) in den Größen 53, 58 und 59 zu 1,50 Mark an. Zu dem gleichen Preise geben wir blaue Skimützen in den Größen 52, 56, 57, 58 und 59 ab.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Abteilung Vereinsbedarf, Magdeburg, Ratswageplatz 3/4.

Bist du Republikaner?
Dann kaufe nur
Reichsband-Margarine
gekirnt mit frischem Rahm und bestem Eigelb — Preis 90 Pfennig das Pfund
Rei-Ba-Ma-Margarine G.m.b.H. Magdeburg
Moltkestraße 9. — Vertreter an allen Plätzen gesucht.
12201

Zum Weihnachtsfeste
Spielwaren · Christbaumschmuck · Fahrräder
Nähmaschinen · Haushaltungsartikel · Musikinstrumente · Uhren
Gold- u. Silberwaren
Katalog auf Verlangen kostenlos.
H. Burgsmüller & Söhne
KREIENSEN (HARZ)
Nr. W 7

Gummiwaren
hygienische Artikel
Preisliste B gratis
„Medicus" Berlin N. 54
Veteranenstr. 25 12112

Achtung! Einmaliges Angebot!
Durch meine neuen billigsten
Christbaumschmuck-Sortimente
ist jeder Familie Gelegenheit zu einer herrlichen Weihnachtsfeier gegeben. Prachtsortiment VI enth 300 Stück hochf ausgeführte Schmuckstücke, wie echt vers. Glocken (läutend), Brillantreflexe, ff. bemalte Kugeln Kanarienvögel, Phantasieschmuck, Kristalleiszapfen, Eistaulametta, Christbaumwunderkerzen, Konfekthalter usw., echt vers. Christbaumspitze mit vorn. wirk. Reflex, echt vers. Windmühlen. Neu! Unzerbrechl., m echt Silberdraht umsponn. ff. Geige, Ballon, Schiff, Blumenkörbchen, Regenschirm usw., unzerbr. Kometen aus feinst Glas gesponnen. Alles einschl. Porto u. Verpackung für nur 7.50 Mk., frei Nachnahme. Ferner Sortiment V, enth. 221 Stück in vorz. Ausführ für nur 5.10 Mk. einschl. Porto u. Verpack. frei Nachn. Jed. Sortiment wird in weiß u. bunt geliefert u. bitte um genaue Angabe. Zur Weiterempfehl. w. jed. Send. eine unzerbrechl. Feenhaarlocke v. reizender Wirk. gratis beigefügt
Franz Müller Pfeiffer, Christbaumschmuckfabrik
Lauscha i. Thür.

Moritz Hugo Jakob
Martneukirchen 78
Beste Bezugsquelle für Musikinstrumente aller Art
Welches Instrument wird gewünscht?
Preisliste kostenlos.

Wilhelm Busch
Humoristischer Hausschatz
Sammlung der beliebtesten Schriften Wilhelm Buschs. Ein großer, starker Band mit 1500 Bildern. Inhalt: Die fromme Helene / Abenteuer eines Junggesellen / Fips, der Affe / Herr und Frau Knopp / Julchen / Die Haarbeutel / Bilder zur Jobstade / Der Geburtstag oder die Partikularisten / Dideldum / Plisch und Plum / Balduin Bählamm / Maler Klecksel / Pater Filucius / Wilhelm Buschs Selbstbiographie und Porträt / Der Röckergreis / In Ganzleinen gebunden 35 M.
Ohne jeden Zuschlag auch gegen Monatszahlungen von nur 5 M
Bestellen Sie unter diesen günstigen Bedingungen sofort die Werke des größten deutschen Humoristen bei der
Buchhandlung Karl Block, Berlin SW 68, Kochstr. 9, Postscheckkonto 20749
Bestellschein. Ich bestelle bei der Buchhandlung Karl Block, Berlin SW 68, Kochstraße 9, laut Anzeige in Das Reichsbanner Wilhelm Busch, Humoristischer Hausschatz, in Ganzleinen gebund. 35 Mark — gegen Barzahlung — gegen Monatszahlungen von 5 Mark. Der ganze Betrag — die erste Rate — folgt gleichzeitig — ist nachzunehmen. (Nichtgewünschtes streichen.) Erfüllungsort Berlin.
Ort und Datum: .....
Name und Stand: .....

Reichsbannerfahnen
in jeder Ausführung und alle Vereinsartikel auch Kappen liefert
Magdeburger Fahnen-Fabrik
G. Kidde, Magdeburg
Johannisberg 8, I. Telephon 3918
Gegr. 1856

Anzeigen-Annahme-Schluß für Nr. 24 vom 15. Dezember 1926 am Mittwoch, den 8. Dezember